

Forschungspapier

Wolfgang Gaiser und Johann de Rijke

Generation Einheit – zusammen oder getrennt?

Ost-West-Unterschiede bei der jungen Generation im Vergleich zu der älteren

22. September 2020

Redaktion/ Wissenschaftliche Koordination

Julia Rakers
Tel. +49 (0) 203 / 379 – 1388

Sekretariat

Anita Weber
Tel. +49 (0) 203 / 379 - 2045
Fax +49 (0) 203 / 379 - 3179
anita.weber@uni-due.de

Herausgeber (V.i.S.d.P.)

Univ. Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte

Redaktionsanschrift

Redaktion Regierungsforschung.de
NRW School of Governance
Institut für Politikwissenschaft
Lotharstraße 53
47057 Duisburg

redaktion@regierungsforschung.de

Zitationshinweis

Gaiser, Wolfgang / de Rijke, Johann (2020): Generation Einheit – zusammen oder getrennt?, Ost-West-Unterschiede bei der jungen Generation im Vergleich zu der älteren, Forschungspapier, Erschienen auf: regierungsforschung.de

Generation Einheit – zusammen oder getrennt?

Ost-West-Unterschiede bei der jungen Generation im Vergleich zu der älteren¹

Von Wolfgang Gaiser² und Johann de Rijke³

Einleitung

Wie stellt sich die deutsche Einheit mit Blick auf die Nachwendegeneration, die nach 1990 Geborenen im Ost-West-Vergleich dar? Welche Unterschiede gibt es bezogen auf die Älteren? Auch wenn die aktuellen gesellschaftlichen Realitäten und Debatten durch Corona um globalisierte, gesundheitliche, wirtschaftliche und soziale Probleme kreisen, wollen wir im Folgenden – entsprechend des Themenschwerpunkts „30 Jahre deutsche Einheit“ – den Fokus auf die durch die politische Vereinigung der beiden deutsche Staaten entstandenen neuen Gemeinsamkeiten, aber auch fortbestehenden Unterschiede legen. Ein aktueller Hinweis: Strukturelle Unterschiede wurden auch auf die schnellere Verbreitung des Virus im Westen angesprochen: Ist es das Leben in weniger verdichteten Räumen im Osten? Erhöhen die Ballungsräume im Westen die Ansteckungsgefahr? Gegenüber eher spekulativen Annahmen wollen wir im Folgenden die Frage beleuchten, ob und inwieweit, die nach der Vereinigung geborene Generation sich nach Ost – West in Hinblick auf politische Einstellungen und Verhaltensbekundungen unterscheidet. Die Fragestellung bezieht sich also auf „Jugend und Politik“: Gibt es noch politikbezogene Ost-West-Unterschiede bei der jüngeren Generation? Unterscheiden sich die unter 30-Jährigen – die „nach der Wende“ Geborenen – von den Älteren?

Theoretischer Bezugsrahmen ist das Konzept der politischen Kultur. Hierbei werden Dimensionen angesprochen wie Orientierungen zu grundlegenden Werten von Demokratie, Vertrauen in zentrale politische Institutionen und Einstellungen zu Akteuren und Gruppen des politischen Prozesses. Weiter werden Aspekte von sozialen und gesellschaftlichen Einstellungen betrachtet, etwa soziale Orientierungsunsicherheit, Einschätzung von gesellschaftlicher Ungleichheit sowie Bewertungen des Prozesses der Wiedervereinigung. Schließlich wird ein Blick auf politisches Partizipationsverhalten in den genannten Differenzierungen nach Alter und Ost-West geworfen.

¹ Der Beitrag basiert in Teilen auf Gaiser/de Rijke 2019.

² Dr. Wolfgang Gaiser, Sozialforscher, arbeitete von 1972 bis 2011 am Deutschen Jugendinstitut in München, zuletzt als Grundsatzreferent für Jugendforschung. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören Jugend und Arbeit, Umwelt, Wohnen, Politik, Partizipation, Europa.

³ Johann de Rijke, Dipl. Soz., war bis 2011 wissenschaftlicher Referent am Deutschen Jugendinstitut, zuletzt in der Abteilung Zentrum für Dauerbeobachtung und Methoden. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen sozialwissenschaftliche Methoden und Analysen, politische Einstellungen und politische und soziale Partizipation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

Unser Fokus ist also die generationale Perspektive, die ja durchaus Hinweise auf mögliche Trends erbringt. Demgegenüber nehmen Pickel und Pickel (2020) die Entwicklung politischer Einstellungen in Ost- und Westdeutschland im Zeitverlauf unter Heranziehung von Zeitreihendaten in den Blick. Einerseits stellen sie insgesamt eine stärkere Zustimmung zu den demokratischen Werten fest, die politische Unterstützung hat in der Zeit seit 1990 in beiden Landesteilen zugenommen. Sie resümieren weiter, dass in Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland über die gesamten 30 Jahre seit dem Mauerfall hinweg eine Differenz bestehen bleibt: dass sich in Ostdeutschland weniger Bürgerinnen und Bürger der demokratischen Ordnung positiv verbunden fühlen, ihre Werte und Normen unterstützen, den Institutionen und dem politischen Personal vertrauen und mit der aktuellen Demokratie zufrieden sind. Betont wird aber auch, dass die Differenz zwischen Ost- und Westdeutschland im Zeitverlauf kontinuierlich abnimmt.

Unsere Analyse richtet sich nun (unter teilweiser Heranziehung der gleichen Indikatoren) auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Generationen in Ost und West. Damit lassen sich Erkenntnisse zur Frage gewinnen, ob und inwieweit gerade die nach der Wende Geborenen die Repräsentanten eines vereinigten Deutschlands sind. Empirischer Zugang sind Sekundäranalysen neuerer Datensätze (v.a. des ALLBUS von 2018) in Differenzierungen nach Alter und Ost-West.

Politische Orientierungen

Politische Orientierungen werden in wissenschaftlicher Perspektive differenziert unterschieden, auch um dem globalen Begriff der „Politikverdrossenheit“ eine, der Komplexität von politischen Einstellungen, angemessene empirische Analysemöglichkeit zu geben. Unterschieden werden dabei Einstellungen von grundlegenden Werten der Demokratie bzw. zur Demokratie als politischem Basisordnungsmodell der Gesellschaft, zum konkreten Funktionieren der Demokratie in der Praxis sowie zum Vertrauen in politische Institutionen und zu den Inhaberinnen und Inhabern politischer Positionen. Empirisch ergibt sich dabei ein Bild, in dem die Zustimmungen der Bürger und Bürgerinnen vom Abstrakten zum Konkreten abnehmen: die Demokratie als Herrschaftsmodell findet die breiteste Akzeptanz, geringer ist dann die Zufriedenheit mit der konkreten Praxis der Demokratie. Bei den Institutionen genießen solche, die nicht unmittelbar mit dem politischen Prozess verbunden werden, also Gerichte und Polizei, ein hohes Vertrauen, geringer ist dieses bei den Institutionen der repräsentativen Demokratie, d.h. beim Parlament, der Regierung sowie den Parteien. Am wenigsten Vertrauen finden schließlich Politikerinnen und Politiker.

Die Daten des ALLBUS von 2018 (Tabelle 1) zeigen ähnliche Relationen (vgl. auch Daten zur Friedrich-Ebert-Jugendstudie 2015 für 14- bis 29-Jährige, Gaiser u.a. 2016). Durchgängig wird der Wert der Demokratie von den jungen Menschen hoch eingeschätzt. Mit der demokratischen Praxis in der Bundesrepublik ist die Zufriedenheit geringer, noch geringer die mit der Bundesregierung, was als Reaktion auf unterschiedlichste Outputaspekte verstanden werden kann. Den Institutionen des Rechtsstaats (Bundesverfassungsgericht, Justiz, Polizei) wird am meisten vertraut, denen des Parteienstaats weniger (Bundestag, Bundesregierung), am wenigsten den politischen Parteien. Man findet nur geringe Unterschiede zwischen Ost und West (nur bei den über 29-Jährigen in Ostdeutschland findet man eine geringere Zufriedenheit mit der Demokratie). Dies war in früheren

Studien, insbesondere auch in den Jugendstudien des Deutschen Jugendinstituts, bezogen auf 16- bis 29-Jährige, noch anders (vgl. Gaiser u.a. 2016, S. 37). Aber auch zwischen den betrachteten Altersgruppen ist kaum ein größerer Unterschied zu sehen. Auffallend ist nur, dass das Vertrauen in Institutionen bei den Älteren im Osten durchgängig geringer ist als bei den Älteren im Westen. Für die Jüngeren gilt dies zumeist in einem deutlich geringeren Ausmaß. In einem ergänzenden Aspekt ist eine deutliche altersspezifische Differenz sichtbar – im Vertrauen zu den europäischen Institutionen EU-Kommission und Europaparlament. Zwar liegt das Niveau insgesamt unter dem der rechtsstaatlichen Institutionen, die Jüngeren vertrauen jedoch den EU-Institutionen klar mehr als die Älteren, im Westen wie auch im Osten.

	West		Ost	
	18-29 Jahre	30 Jahre u. älter	18-29 Jahre	30 Jahre u. älter
<i>Idee Demokratie Zustimmung</i>	89	92	87	88
<i>Realität Demokratie Zufriedenheit</i>	68	69	62	58
<i>Bundesregierung Zufriedenheit</i>	53	51	48	44
<i>Institutionenvertrauen</i>				
<i>Bundesverfassungsgericht</i>	71	71	64	62
<i>Justiz</i>	64	61	62	53
<i>Polizei</i>	69	70	65	63
<i>Bundestag</i>	55	53	49	46
<i>Bundesregierung</i>	55	51	51	46
<i>Politische Parteien</i>	44	42	42	39
<i>EU-Kommission</i>	52	43	50	38
<i>Europaparlament</i>	52	44	51	38

Tabelle 1: politische Einstellungen; Quelle: Allbus 2018

Zustimmende Haltungen zu den angeführten Aspekten politischer Orientierungen gelten als Unterstützung und Stabilisierung einer demokratischen Ordnung. Dabei sind sehr wohl kritische Elemente möglich und sogar sinnvoll, wie sie im Konzept der „kritischen Demokraten“ durchscheinen, die eine deutliche Zustimmung zur Idee der Demokratie mit einer Kritik am konkreten Funktionieren der Demokratie und der relevanten Institutionen verbinden (vgl. auch Gaiser u.a. 2016). In den ALLBUS-Daten zeigt sich: zufriedene Demokraten (deutliche Zustimmung zur Idee der Demokratie sowie Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland) sind im Westen klar stärker vertreten als im Osten, die Differenz ist bei den Älteren besonders ausgeprägt. Bei den kritischen Demokraten (Kombination von deutlicher Zustimmung zur Idee der Demokratie mit geringer Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland) sind die Relationen umgekehrt: diese sind im Osten deutlich stärker.

	West		Ost	
	18-29 Jahre	30 Jahre u. älter	18-29 Jahre	30 Jahre u. älter
<i>kritische Demokraten</i>				
<i>zufriedene Demokraten</i>	54	60	37	34
<i>kritische Demokraten</i>	37	35	53	54
<i>Distanzierte</i>	8	5	10	11

Tabelle 1a: Politische Einstellungen – kritische Demokraten; Quelle: Allbus 2018

Basis ist dabei die klare Befürwortung demokratischer Werte. Bei den kritischen Demokraten sind die Motivationen zur Unzufriedenheit mit der Demokratie im eigenen Land zu unterscheiden. Vor dem Hintergrund politischen Interesses, politischer Kompetenzen und Aktivitätsoffenheiten kann dies als Bereitschaft zur Verbesserung demokratischer Realitäten bzw. einem Impetus zur Änderung unzureichender demokratischer Strukturen gelten. Beim Fehlen solcher Einstellungen kann hingegen eher von einer diffusen Unzufriedenheit mit Erscheinungen politischer Prozesse ausgegangen werden, wobei dann Neigungen zu populistischen demokratiekritischen Vorstellungen erwartbar sein können. Wirklich problematisch ist jedoch die Kombination von Unzufriedenheit mit der realen Demokratie und einer geringen bzw. fehlenden Verbundenheit mit grundlegenden Werten der Demokratie. Empirisch war diese Kombination in der FES-Jugendstudie allerdings nur gering vertreten (vgl. Gaiser u.a. 2016), dies gilt auch für die ALLBUS-Daten. Diese Gruppe sollte aber dennoch nicht ohne Aufmerksamkeit in der Jugendforschung wie in der Jugendarbeit bleiben.

Auf einen weiteren, in unserem Zusammenhang interessanten, hier aber wegen der Komplexität der dort verwendeten Indikatoren nicht im Detail referierbaren Aspekt haben Bernhard Weßels und Heiko Giebler hingewiesen (Weßels/Giebler 2020). Untersucht wurde, welche Vorstellung Bürgerinnen und Bürger davon haben, wie Demokratie sein sollte, und dies wurde mit einer Beurteilung der Ist-Situation verglichen. Liegt das Ist zu weit hinter dem Soll zurück, wird dem jeweiligen System begrenzte Legitimität zugeschrieben. Datengrundlage war der „Demokratiemonitor“, eine Online-Erhebung im Jahr 2019 bei der circa 10.000 Menschen sowohl zu ihren Erwartungen an die Demokratie als auch die Performanz des Systems befragt wurden. Den Ergebnissen zufolge wird der repräsentativen Demokratie von der überwiegenden Mehrheit eine hohe Legitimität zugesprochen. Es zeigte sich aber auch (für unsere Betrachtungen ein interessantes Ergebnis), dass die Unterschiede zwischen Jüngeren und Älteren deutlich größer sind als die zwischen Ost und West. Wichtig ist dabei aber dabei auch folgender Befund: Die Älteren haben deutlich höhere Soll-Vorstellungen an die Demokratie als die Jüngeren. Die Jüngeren sprechen also der Demokratie deswegen eine höhere Legitimität zu, weil sie geringere Erwartungen an das System haben.

Berücksichtigen kann man nun, dass sich nicht alle Differenzen notwendigerweise im Zeitverlauf aufheben müssen bzw. als anzugleichende Momente zu betrachten sind. Das zwischen Ostdeutschland und Westdeutschland deutlich unterschiedliche Wahlverhalten kann und muss man wohl als unterschiedliche Einstellungssyndrome verstehen, in denen regional unterschiedliche Erwartungen an Gesellschaft und Politik zum Ausdruck kommen. So verstanden sind solche Differenzen für die Politik möglicherweise ein wichtiges Input, nicht aber notwendigerweise ein Problem, das dazu

herausfordert, Unterschiede zu beseitigen. Insofern kann Gleichwertigkeit statt eben Gleichheit von Merkmalen eher auch gleichwertige Anerkennung von Differenzen bedeuten (vgl. Barlösius 2006). Unter einem weiteren Blickwinkel von sozialen Differenzen in einer Gesellschaft wird ja durchaus deutlich, dass andere Länder in Europa wie z.B. Großbritannien, Belgien oder die Schweiz mit ihren internen politischen, ökonomischen oder kulturellen Unterschiedlichkeiten sehr wohl demokratisch leben können (Arzheimer 2006). Das schließt allerdings nicht aus, dass problematische Haltungen zur Demokratie politische und soziale Antworten erfordern können, um nicht als Gefahr für soziale und politische Integration zu gelten.

Schließlich sollen zwei Aspekte der Bewertung von Lebenslagen betrachtet werden, die eine Relevanz für politische Orientierungen haben: Soziale Orientierungsunsicherheit und Gerechtigkeitsempfinden.

	West		Ost	
	18-29 Jahre	30 Jahre u. älter	18-29 Jahre	30 Jahre u. älter
<i>gerechter Anteil</i>				
<i>etwas weniger/sehr viel weniger</i>	34	31	42	53
<i>mehr als gerechter/gerechter Anteil</i>	66	69	58	47
<i>soziale Orientierungsunsicherheit</i>				
<i>hoch</i>	18	23	21	36
<i>mittel</i>	52	48	45	46
<i>gering</i>	30	29	34	18

Tabelle 2: Soziale Orientierungen; Quelle: Allbus 2018

Die im ALLBUS herangezogenen Items zu sozialer Verunsicherung („Anomie“) erfassen auf der subjektiven Mikroebene von Einstellungen individuelle Orientierungsunsicherheit, die durch Gefühle der Undurchschaubarkeit persönlicher und sozialer Zusammenhänge gekennzeichnet ist. Zusammenhänge mit der Makroebene des politischen Systems wurden vielfach untersucht, insbesondere in Hinblick auf die möglichen Folgen verstärkter Verunsicherung durch einen Systemwechsel von autoritären Staaten zu Demokratien. Ein Unterschied wäre also zwischen den alten und den neuen Ländern zu erwarten. Auch Alterseffekte wurden in dem Sinne vermutet, dass sich mit zunehmender Lebenserfahrung anomische Einstellungen abschwächen.

Die Daten weisen auf Alterseffekte hin, die insbesondere stark in den ostdeutschen Ländern zu erkennen sind und in der Richtung, dass die Älteren eine stärkere soziale Orientierungsunsicherheit aufweisen. Dies kann dahin interpretiert werden, dass ihre Verunsicherung durch den Systemwechsel und die Erfahrungen in den folgenden 30 Jahren immer noch präsent ist und daher größer ist als bei den Jüngeren, die solches ja nicht direkt erlebt haben. Für die nachwachsende Generation lässt sich dabei generell eine optimistischere Erwartung vermuten, was soziale Ungleichheit und gesellschaftliche Solidarität angeht (vgl. die Items zur Tabelle). Soziale Unsicherheit bei den Jüngeren wird sich jedoch, wie die gängige Jugendforschung auch immer wieder betont, auf die Zukunft unsicherer Lebensläufe und Perspektiven richten, muss daher differenzierter erfasst werden als in

den im ALLBUS vorhandenen Indikatoren und erfordert somit verstärkte Jugendforschung mit aktuellen Bezügen wie z.B. Folgen für die Berufseinmündungsproblematik angesichts der wirtschaftlichen Folgen der Corona Pandemie.

Was die subjektive Wahrnehmung von gerechter Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum angeht, so zeigt sich auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung ein deutlicher Ost-West-Unterschied, und dies nicht nur bei den Älteren, sondern auch (wenn auch schwächer ausgeprägt) bei den Jüngeren. Es wurde die Frage gestellt: „Im Vergleich dazu, wie andere hier in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie Ihren gerechten Anteil erhalten, mehr als Ihren gerechten Anteil, etwas weniger, oder sehr viel weniger?“. In den Daten wird hier immer noch eine „Gerechtigkeitslücke“ zwischen Ost und West ersichtlich: Nur knapp über 30 Prozent der in Westdeutschland Befragten (Alt und Jung etwa in gleichem Maße) finden, dass sie weniger oder sehr viel weniger als den gerechten Anteil bekommen. Die überwiegende Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung findet also, dass sie einen gerechten Anteil am Lebensstandard erhält. In Ostdeutschland dagegen ist der Anteil der sich eher depriviert fühlenden Menschen immer noch hoch: 42% bei den Jüngeren und 53% bei den Älteren.

Politische Partizipation

Politische Partizipation ist handelnder Ausdruck von Werten und politischen Orientierungen und deshalb gesellschaftlich von besonderer Relevanz.

	West		Ost	
	18-29 Jahre	30 Jahre u. älter	18-29 Jahre	30 Jahre u. älter
<i>Mitarbeit in einer Bürgerinitiative</i>	8	15	6	12
<i>In einer Partei aktiv mitarbeiten</i>	5	9	3	4
<i>Teilnahme an einer ungenehmigten Demonstration.</i>	4	5	4	5
<i>Teilnahme an einer genehmigten Demonstration</i>	31	30	31	29
<i>Beteiligung an einer Unterschriftensammlung</i>	55	64	47	55
<i>Aus politischen, ethischen oder Umweltgründen Waren boykottieren oder kaufen</i>	39	43	35	29
<i>Sich an einer Online-Protestaktion beteiligen</i>	24	20	21	16
<i>Auf Facebook, Twitter oder in anderen sozialen Netzwerken seine Meinung zu politischen Themen äußern</i>	24	9	18	6

Tabelle 3: Politische Partizipation; Quelle: Allbus 2018

Politische Partizipation kann in einigen differenzierenden Kategorien betrachtet werden. Konventionelle Partizipation, hier als Beteiligung in festeren Organisationen wie politischen Parteien oder auch in einer Bürgerinitiative, zeigt keine wesentlichen Differenzen zwischen Ost und West wie auch zwischen den betrachteten Altersgruppen. Bei unkonventionellen Aktivitäten, mit eher direkter Partizipation (Frageformulierungen waren: Teilnahme an einer genehmigten Demonstration, an einer ungenehmigten Demonstration, Beteiligung an einer Unterschriftensammlung) findet man

ebenso keine Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland (auch in der FES-Jugendstudie, vgl. Gaiser/de Rijke 2016) sowie keine Altersspezifik. Das gilt im Einzelnen für die Beteiligung an genehmigten Demonstrationen, was früher stärker eine Wahl der Jüngeren war, v.a. auch bei ungenehmigten Demonstrationen (die hier, wie auch in anderen Studien, nur ein geringes Niveau aufweisen). Bei Unterschriftensammlung, einer „low cost“ Aktivität, da sie nur eine geringe Investition in Aktivitäten bedeutet, sind sogar die Älteren etwas stärker vertreten, im Westen wie im Osten.

Die Form politischen Konsums (aus politischen, ethischen oder Umweltgründen Waren boykottieren oder kaufen), eine neuere Form politischen Handelns, war früher im Osten sichtbar geringer. Aber es zeigt sich bei den Jüngeren jedenfalls in West wie Ost etwa gleiches Niveau, nur bei den Älteren ist diese eher individuelle Form politischer Artikulation im Osten deutlich geringer als im Westen.

Schließlich sind bei zwei Formen politischer Äußerungen bzw. Aktivitäten (sich an einer Online-Protestaktion beteiligen, auf Facebook, Twitter oder in anderen sozialen Netzwerken seine Meinung zu politischen Themen äußern) die Jüngeren stärker engagiert. Wobei bei der Beteiligung an einer Online-Protestaktion nur eine geringe Differenz zu den Älteren zu finden ist. Auch hier ist wohl eine gewisse Generalisierung bzw. Veralltäglichere Nutzung moderner Kommunikationsmittel festzustellen. Das gilt nicht für die Nutzung sozialer Netzwerke in politischem Sinne – hier sind nach wie vor die Jüngeren stärker vertreten, auch wenn diese Form weniger zu den politischen Handlungen in einem engeren Sinne zählen dürften.

Ein in unserem Zusammenhang interessanter weiterer Blickwinkel auf mögliche Entwicklungstendenzen politisch partizipativen Verhaltens wurde an anderer Stelle empirisch beleuchtet. Anhand der Daten des European Social Survey von 2002 bis 2017 konnten Joly & Splitter einen Vergleich der jüngeren Kohorten, der „Millennials“ (zwischen 1985 und 2000 geborene), mit den älteren vornehmen (Joly/Splitter 2019). Sie kamen dabei zu dem Ergebnis, dass die jüngeren bezogen auf ihr Lebensalter eine höhere Partizipation aufweisen als die jetzt älteren Altersgruppen früher. Sie sind somit stärker politisch engagiert als es die früheren Generationen im gleichen Alter waren. Es muss weiter erforscht werden, aber die Vermutung liegt dennoch nahe, dass sie in späterem Alter weiterhin stärker politisch partizipieren als es die früheren Generationen taten. Insofern kann die aktuelle Beobachtung des Engagements der jungen Generation im Kontext der Klimakrise und des Protestes gegen die zu wenig aktive Politik hierbei auf stärkeres Engagement von Jüngeren in der Zukunft verweisen, auch wenn skeptische Stimmen auf die Problematik von längerfristigen Organisationsbedingungen von politischen Bewegungen und der Aufrechterhaltung eines aktuellen Mobilisierungsniveaus verweisen (vgl. Rucht 2019, zu „Fridays for Future“ vgl. Wahlström u.a. 2019). Jedenfalls steht die Forschung von politischem Engagement durch diese neuen Artikulationsformen junger Menschen – wie „Fridays for Future“ – vor neuen Herausforderungen, insbesondere was zivilgesellschaftliche Wirksamkeit und partizipative Nachhaltigkeit betrifft.

Auf einen besonderen Aspekt dessen, was digitale Partizipation innovativ und breitenwirksam sowie unabhängig von regionaler und generationaler Zugehörigkeit zur demokratischen Bewältigung vielfacher Probleme leisten kann, wurde aktuell in einem Beitrag hingewiesen (Berg u.a. 2020).

Dargelegt wird, dass es der Initiative #WirVsVirus gelungen sei, einen Impuls für eine emanzipative Krisenbewältigung zu setzen. Die Initiative als eine Form experimenteller Krisenpolitik, habe es ermöglicht, partizipativ und digital vermittelt „Krisengemeinschaften“ zu bilden. Der von der Civic-Tech-Szene initiierte und von der Bundesregierung geförderte *Hackathon* zeigte, wie sich in der Corona-Pandemie auch Demokratisierungsoptionen eröffneten. So zeigten sich neue Möglichkeiten der Institutionalisierung beteiligungsöffener zivilgesellschaftlicher Lösungen an der Schnittstelle von Gesellschaft und Staat.

Einstellungen zur Wiedervereinigung

In den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung wurden häufig distanzierte Einstellungen der Bevölkerung der sogenannten neuen Bundesländer zu der alten Bundesrepublik festgestellt. Sie reichten von einem Gefühl als „Bürger zweiter Klasse“, über Eindrücke der Übervorteilung im Prozess der Vereinigung, zur Vorstellung einer „Kolonialisierung“ des Ostens durch den Westen bis zu einer nachträglichen „nostalgischen“ partiellen Selbstidentifizierung mit Ideen der vergangenen DDR. Seitdem sind zwar 30 Jahre vergangen, jedoch werden immer noch Themen des „Ostens als Problemzone?“ diskutiert und differenzierte Probleme der gegenseitigen Angleichung von Ost- und Westdeutschen aufgezeigt (Mau 2020). Und auch für die Generation der Nachwendegeborenen werden Identitätsprobleme gesehen, die zwar Ambivalenzen aufweisen, gegenüber ihrer Elterngeneration etwa keine Orientierungen an die vergangene DDR umfassen, jedoch wie diese auf Abwertungen von Ostdeutschen durch Westdeutsche reagieren, Gerechtigkeitsnachteile wahrnehmen und solche Unterschiede als identitätsrelevant für sie als Ostdeutsche festhalten (Kubiak 2020).

Für die Gesamtbevölkerung wird von Pickel und Pickel (2020) zwar eine klare positive Bewertung der Demokratie gleichermaßen in Ost- wie Westdeutschland konstatiert. Sie finden jedoch auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung Disparitäten in der politischen Kultur, die zwar bei den Ostdeutschen nicht als eine „Mauer in den Köpfen“ verstanden werden kann, jedoch als „Gefühl einer kollektiven ... Benachteiligung und Nichtanerkennung durch die Westdeutschen“ interpretierbar ist (Pickel/Pickel 2020, S. 10f.).

	West		Ost	
	18-29 Jahre	30 Jahre u. älter	18-29 Jahre	30 Jahre u. älter
<i>Wiedervereinigung mehr Vorteile für W</i>	72	54	71	78
<i>Wiedervereinigung mehr Vorteile für O</i>	79	83	67	65
<i>Bürger im anderen Teil Deutschlands fremd</i>	20	16	17	16
<i>Sozialismus gute Idee, schlecht ausgeführt</i>	47	48	61	65

Tabelle 4: Einstellungen zur Wiedervereinigung; Quelle: Allbus 2018

Wie stellen sich nun entsprechende Aspekte unter generationalem Blickwinkel dar? In der ALLBUS-Studie von 2018 sind einige Items zu diesem Thema vorhanden. Die retrospektive Betrachtung von Vorteilen durch die Wiedervereinigung ergibt, dass die Bewertungen bei der jungen Generation von mehr Vorteilen für den Westen mit knapp über 70% in Ost und West gleich hoch sind. Bei den

Älteren sehen dies hingegen diejenigen in Westdeutschland weniger. Mehr Vorteile für den Osten werden eher aus westlicher Perspektive gesehen (bei den Jüngeren 79% gegenüber 67%) – eine Diskrepanz, die bei den Älteren noch stärker ausgeprägt ist (83% gegenüber 65%). Dabei gibt es kaum Altersdifferenzen – eine gewisse Skepsis gegenüber den Resultaten der Wiedervereinigung, die man im Osten bemerken kann, findet man somit bei den Jüngeren wie bei den Älteren. Fremdheitsgefühle gegenüber den Menschen im anderen Teil Deutschlands finden sich insgesamt bei wenigen, was den oben erwähnten Analysen nicht ganz entspricht. Jedoch ist dieses Thema mit nur einem Item im ALLBUS, noch dazu mit einer nicht sehr West-Ost-pointierten Formulierung (vgl. Anmerkungen zur Tabelle 4), sicher nicht ausreichend behandelt. Positiv interpretiert sind Jung und Alt in Ost und West 30 Jahre nach dem Umbruch eher zusammen als getrennt.

Was die rückblickende Betrachtung politischer Systeme (und eher diffuse Einstellungen diesbezüglich) angeht, finden sich erwartungsgemäß immer noch klare Unterschiede: Die Meinung, dass der Sozialismus im Grunde eine gute Idee ist, die nur schlecht ausgeführt wurde, galt in den ersten Nachwendezzeiten (als dies in den Neuen Bundesländern deutlich stärker bejaht wurde) als Hinweis darauf, dass im Osten noch eine Art „Nostalgie“ vorkam, welche die erlebte Zeit in der DDR nicht vollständig als obsolet betrachten wollte. Eine solche Sichtweise kann für die Nachwendegeneration nicht ohne weiteres erwartbar sein. In den ALLBUS-Daten wird dieses Item im Osten deutlich höher bewertet als im Westen, wobei es jedoch keinen relevanten Unterschied zwischen den betrachteten Altersgruppen gibt. Zu fragen ist dabei, welche Vorstellung bei den Jüngeren sich mit dieser Bewertung verbindet. Der Hinweis von Mau, dass Ost-West-Unterschiede „als kontrastreiche Strukturunterschiede der politischen Kultur, der Mentalitäten und der Sozialstruktur erhalten bleiben“ (Mau 2020, S. 16), verlangt somit wohl genauere Forschung über die Differenziertheit von Ost-West-Einstellungen gerade der Nachwendegeneration.

Ausblick

Wir haben für unsere Analysen Daten aus quantitativer bundesweiter Forschung herangezogen. Ein methodologisch anderer Zugang, der auf sozialräumliche Konstellationen abzielt, verdeutlicht wichtige zusätzliche Erklärungsfaktoren (Brachert 2020). Dabei werden auf Basis von sozialräumlichen Analysen mögliche Ursachen für unterschiedliche Einstellungs- und Verhaltensmuster zwischen den neuen und den alten Bundesländern untersucht. Dies führt zu Ergebnissen, dass „unterschiedliche räumliche Formate, die für jeweils unterschiedliche Lebensbedingungen stehen, die politische Kultur und speziell das Partizipationsverhalten in hohem Maße beeinflussen“ (Brachert 2020, S. 290). Dies verweist darauf, dass über die in unserem Beitrag vornehmlich vorgenommene Differenzierung nach Ost-West und Jüngere-Ältere eine räumlich orientierte Betrachtungsweise zusätzliche Erkenntnisse liefern kann. Generell und zusammenfassend wird jedoch auch in dieser Studie, kongruent mit unseren Ergebnissen, festgehalten: Unterschiede zwischen Ost und West nehmen allmählich ab (Gabriel 2020).

Das Ergebnis in unserem Beitrag, dass sich die jüngeren Altersgruppen in Ost und West in Einstellungen und Partizipationsformen (anders und zumindest häufiger als die älteren) kaum unterscheiden, weist in gewisser Weise darauf hin, dass es jugendspezifisch relevante gesellschaftliche

Entwicklungen gibt wie eine zunehmende Pluralisierung und Individualisierung von Lebenswelten, Verdichtungsprozesse in der Jugendphase, demografische Entwicklungen und größere Anerkennung von Differenzen, was generell bedeutungsvoll für das Aufwachsen der jungen Generation ist.

Dennoch wird u.a. etwa von Mau eine fortbestehende mentale Entfremdung zwischen Ost und West benannt (Mau 2019, vgl. auch Mau 2020). Er diagnostiziert Mentalitätskontinuitäten zwischen der DDR und der heutigen ostdeutschen Gesellschaft und nennt Ostdeutschland eine „frakturierte Gesellschaft“ unausgeheilter Brüche. Dafür lassen sich sicher Hinweise finden, insbesondere bezogen auf ökonomische Disparitäten; was aber „Mentalitäten“ und empirisch diagnostizierbare Einstellungen angeht, scheint es doch nunmehr weniger Ungleichheiten zwischen der Jugend in Ost und West zu geben.

Literatur

Arzheimer, Kai (2002): Politikverdrossenheit, Wiesbaden.

Arzheimer, Kai (2006): Von „Westalgie“ und „Zonenkindern“: Die Rolle der jungen Generation im Prozess der Vereinigung. In: Jürgen W. Falter u.a. (Hrsg.): Sind wir ein Volk? Ost- und Westdeutschland im Vergleich. München, S. 212-234.

Barlösius, Eva (2006): Gleichwertig ist nicht gleich. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 37/2006, S. 16-23.

Berg, Sebastian u.a. (2020): Krisen-Experiment. Wie der Hackathon #WirVsVirus neue Formen demokratischer Beteiligung erprobt. WZB Mitteilungen Heft 168, Juni 2020, S. 30 – 32.

Brachert, Matthias (2020): Bestimmungsgründe regionaler Unterschiede der politischen Partizipation in Deutschland. In: Everhard Holtmann (Hrsg.): Die Umdeutung der Demokratie. Politische Partizipation in Ost- und Westdeutschland. Bonn, S. 219-290.

de Rijke, Johann/Gaiser, Wolfgang (2019): „Wählen ist nicht alles!“ Vielfalt und Differenzierungen politischer Einstellungen und politischer Partizipation der Jugend in der EU. Online: <https://regierungsforschung.de/waehlen-ist-nicht-alles/>.

Gabriel, Oscar W. (2020): Politische Partizipation im ausgehenden dritten Jahrzehnt des vereinigten Deutschland. In: Everhard Holtmann (Hrsg.): Die Umdeutung der Demokratie. Politische Partizipation in Ost- und Westdeutschland. Bonn, S. 143-217.

Gaiser, Wolfgang/de Rijke, Johann (2016): Jugend und politische Partizipation heute. In: Wolfgang Gaiser/Stefanie Hanke/Kerstin Ott (Hg.): Jung – politisch – aktiv? Bonn, S. 50-71.

Gaiser, Wolfgang/Gille, Martina/de Rijke, Johann (2016): Einstellungen junger Menschen zur Demokratie. Aus Politik und Zeitgeschichte 40-42/2016, S. 36-41.

Gaiser, Wolfgang/de Rijke, Johann (2019): Politische und soziale Orientierungen in Ost und West in generationaler Perspektive. Aus Politik und Zeitgeschichte 46/2016, S. 49-54.

Joly, Philippe/Splitter, Marcus (2019): Jung und engagiert. Wie Millennials sich politisch beteiligen. In: WZB-Mitteilungen Heft 165, September 2019, S. 13-16.

Kubiak, Daniel (2020): Deutsch-deutsche Identitäten in der Nachwendegeneration. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 28-29/2020, S. 35-39.

Mau, Steffen (2019): Ostdeutschland ist kein eingebildeter Kranker. Im Gespräch: Steffen Mau, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.08.2019, Nr. 199, S. N4.

Mau, Steffen (2020): Der Osten als Problemzone? Eine Skizze zur ostdeutschen Soziopolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 28-29/2020, S. 11-16.

Pickel, Susanne/Pickel, Gert (2020): 30 Jahre Mauerfall – 30 Jahre Mauer in den Köpfen?, Über die Stabilität unterschiedlicher politischer Einstellungen in Ost- und Westdeutschland, Kurzanalyse. Online: regierungsforschung.de.

Rucht, Dieter (2019): Jugend auf der Straße. Fridays for Future und die Generationenfrage. In: WZB-Mitteilungen Heft 165, September 2019, S. 6-9.

Wahlström, Mattias u.a. (2019): Protest for a future: Composition, mobilization and motives of the participants in Fridays For Future climate protests on 15 March, 2019 in 13 European cities Online: <https://osf.io/m7awb/?pid=xcnzh>.

Weßels, Bernhard/Giebler, Heiko (2020): Ost, West, Jung, Alt. Unterschiedliche Erwartungen an die Demokratie, WZB Mitteilungen Heft 167, März 2020, S. 22-24.

Anhang

Anmerkungen zu den Tabellen

In Tabelle 1:

ALLBUS 2018: Die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften 2018 (ALLBUS 2018) ist eine repräsentative Befragung unter der wahlberechtigten Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland (Alter ab 18 Jahre). Genaueres vgl. <https://www.gesis.org/allbus/inhalte-suche/studienprofile-1980-bis-2018/2018>. Die Fallzahlen für die Tabellen sind: insgesamt 3472, West (westliche Bundesländer sowie ehemals Berlin West) Alter 18-29 – 374, 30 Jahre und älter – 2009, Ost (östliche Bundesländer sowie ehemals Berlin Ost) Alter 18-29 – 101, 30 Jahre und älter – 988.

Tabelle 1:

Bei der folgenden Frage geht es nicht um tatsächlich bestehende Demokratien, sondern um die IDEE DER DEMOKRATIE. Bitte sagen Sie mir anhand der Liste, wie sehr Sie grundsätzlich für oder grundsätzlich gegen die IDEE DER DEMOKRATIE sind. Skala: 1 –sehr für die Idee der Demokratie bis 6 – Sehr gegen die Idee der Demokratie.

Kommen wir nun zu der DEMOKRATIE IN DEUTSCHLAND: Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht?

Skala: 1 – sehr zufrieden bis 6 – sehr unzufrieden.

Wie zufrieden sind Sie – insgesamt betrachtet – mit den gegenwärtigen Leistungen der

BUNDESREGIERUNG? Skala: siehe vorherige Frage.

Institutionenvertrauen:

Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen und Organisationen. Sagen Sie mir bitte bei jeder Einrichtung oder Organisation, wie groß das Vertrauen ist, das Sie ihr entgegenbringen. Benutzen Sie dazu bitte diese Skala: 1 bedeutet, dass Sie ihr "überhaupt kein" Vertrauen entgegenbringen, 7 bedeutet, dass Sie ihr "sehr großes" Vertrauen entgegenbringen. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

Rechtsstaatliche Institutionen: Bundesverfassungsgericht, Justiz, Polizei

Parteienstaatliche Institutionen: Bundestag, Bundesregierung, politische Parteien

EU-Institutionen: EU-Kommission, Europaparlament

Werte in den Tabellen: Mittelwerte der Gruppen, die Skalenwerte wurden so normiert, dass sie von 0 bis 100 reichten, in der Richtung der Frageformulierung

Tabelle 1a:

Idee der Demokratie und Demokratie in Deutschland: Rekodierung 1,2 „dafür“ (bzw. „zufrieden“), 3 bis 6 „dagegen bzw. etwas dafür“. (bzw. „weniger zufrieden“). Kombination der beiden Fragen:

beide „dafür“ bzw. „zufrieden“: *zufriedene Demokratien*.

Idee der Demokratie „dafür“, Demokratie in Deutschland „weniger zufrieden“: *kritische Demokraten*.

Idee der Demokratie „dagegen bzw. etwas dafür“, Demokratie in Deutschland „zufrieden“ oder „weniger zufrieden“: *Distanzierte*.

Tabelle 2:

Frage: Im Vergleich dazu, wie andere hier in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie Ihren

-gerechten Anteil erhalten, - mehr als Ihren gerechten Anteil, - etwas weniger oder - sehr viel weniger?

Soziale Orientierungsunsicherheit:

Items:

Egal, was manche Leute sagen: Die Situation der einfachen Leute wird nicht besser, sondern schlechter.

So wie die Zukunft aussieht, kann man es kaum noch verantworten, Kinder auf die Welt zu bringen.

Die meisten Politiker interessieren sich in Wirklichkeit gar nicht für die Probleme der einfachen Leute.

Die meisten Leute kümmern sich in Wirklichkeit gar nicht darum, was mit ihren Mitmenschen geschieht.

Antwortvorgaben: Bin derselben Meinung – bin anderer Meinung.

Werte in den Tabellen: hoch – alle 4 Items Zustimmung (bin derselben Meinung), mittel – 2 oder 3 Items Zustimmung, gering – 1 oder kein Item Zustimmung.

Tabelle 3: Politische Partizipation

Frage: Wenn Sie politisch in einer Sache, die Ihnen wichtig ist, Einfluss nehmen, Ihren Standpunkt zur Geltung bringen wollten: Was davon haben Sie selbst schon gemacht, woran waren Sie schon einmal beteiligt?

Formen im Text.

Antwortvorgaben: genannt.

Tabelle 4: Einstellungen zur Wiedervereinigung

Frage: Im Folgenden geht es um die Situation in den alten und neuen Bundesländern.

Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie ihr - voll zustimmen, - eher zustimmen, - eher nicht zustimmen oder - überhaupt nicht zustimmen.

Die Wiedervereinigung hat für die Bürger in den ALTEN BUNDESLÄNDERN mehr Vorteile als Nachteile gebracht.

Die Wiedervereinigung hat für die Bürger in den NEUEN BUNDESLÄNDERN mehr Vorteile als Nachteile gebracht.

Die Bürger im anderen Teil Deutschlands sind mir in vielem fremder als die Bürger anderer Staaten.

Der Sozialismus ist im Grunde eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde.

Werte in der Tabelle: Prozent der Angaben „voll zustimmen“ oder „eher zustimmen“.